

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom Dienstag, den 15. November 1932 vormittags. Anwesend alle Abgeordnete mit Ausnahme der Abgdt. Näscher W. und Dr. Beck.

Das Protokoll der letzten Konferenzsitzung wird verlesen und über Verlangen des Abg. Vogt eine Berichtigung angebracht.

Traktanda:

1. Punkt.

Wahl des Landesschulrates.

Präs.: Zählt die bisherigen Mitglieder auf und weist auf die gesetzlichen Bestimmungen des Schulgesetzes, die hier in Betracht kommen, hin. Demnach wird ein Lehrer von der Lehrerschaft vorgeschlagen, ein Mitglied muss aus der Geistlichkeit sein und die restlichen zwei Mitglieder sind frei zu wählen mit der Massgabe, dass einer davon im Unterlande wohnhaft sein ~~musste~~ soll.

Die ~~MMMM~~ weitere Beratung wird verschoben, damit sich die Unterländer Abgdt. über ihr zu stellendes Mitglied beraten können.

2. Punkt.

Steuerermässigung auf ~~MMMM~~ Inlandswein.

Risch B.: weist auf die fälschliche Aufmachung im Programm der Landtagssitzung hin. Es handle sich nicht nur einzig um Ermässigung für Vaduzer, sondern überhaupt für Inlandswein. Im übrigen befürwortet er warm die Bewilligung dieser Steuerermässigung, worin er vom Abgdt. Ospelt unterstützt wird. Im allgemeinen spricht sich die Stimmung unter den Abgeordneten gegen eine Steuerermässigung aus. - Die Behandlung wird auf den kommenden Tag verschoben, da am gleichen Abend noch eine Versammlung der Winzergenossenschaft stattfindet, welche zur Sache noch Stellung beziehen wird.

3. Punkt.

Provisionsauszahlung für die Beschaffung der 1926er Anleihe.

Reg. Chef: Nachdem einmal seitens eines Abgeordneten diesbezüglich interveniert worden ist, handelt es sich lediglich um eine Mittel-

lung, wieviel für diesen Zweck ausbezahlt worden ist. Es wurde an Dr. Emil Beck in Bern für die Beschaffung der Anleihe und für die Mitarbeit beim P.G.R. der Betrag von Fr. 6,000.- ausbezahlt. Dr. Wilh. Beck hat für die Bearbeitung des P.G.R. Fr. 10,000 bekommen.

Diese Mitteilung wird debattelos zur Kenntnis genommen.

Punkt.4

Subventionsgesuch der Gemeinde Eschen zum Schulhausumbau.

Reg. Chef: weist auf die frühzeitige Einlieferung des Gesuches hin. Die Finanzkommission habe beschlossen, ~~MM~~ eine Subvention von 20% zu bewilligen, jedoch soll vorläufig nur die Hälfte d. i. Fr. 5000.- ausbezahlt und der restliche Betrag ~~bei~~ den Budgetberatungen behandelt werden.

Marxer: setzt sich warm für die Sache ein.

Es wird beschlossen, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen.

5. Punkt.

Ospelt: regt die endliche Herrichtung der Aeulestrasse an.

Präs.: weist auf den seinerzeitigen Landtagsbeschluss hin und lädt die Vertretung von Vaduz ein, ein Ansuchen im Sinne dieser Beschlüsse zu stellen, worauf dann der Landtag neuerdings zur Sache Stellung beziehen und sich für das eine oder andere entschliessen werde.

6. Punkt.

Hoop: Frägt, wie es mit der Strasse Bändern-Auhäuser stehe.

Diese Strassenarbeit sei im heurigen Programm vorgesehen.

Reg. Chef: Wir haben darum noch nicht angefangen, weil, ungeheure Preise für den Boden verlangt werden. Bis der Preis für den letzten Schuh Boden nicht geregelt ist, werden wir nicht beginnen.

Hoop: Es wolle das Expropriationsrecht bewilligt werden, damit man leichteres Spiel hat.

Der Landtag spricht sich dafür aus.

Vogt: Die Subventionen sollte man besser verteilen. Jene Gemeinden, die etwas Vermögen, die können etwas machen und haben den Nutzen, die anderen können zusehen. So nun die Subventionen zu Ende gehen, erwachen die ärmeren Gemeinden, Als bei dem Schellenberger Wasserleitungssubvention abgestimmt wurde, habe ich den Vorbehalt daran geknüpft, dass man uns auch gleichermaßen entgegenkomme. Unter dieser Voraussetzung habe ich dort zugestimmt, Heute hängt aber die ganze Sache nach allem zu schliessen wieder in der Luft.

Reg. Chef: weist darauf hin, dass gerade in Balzers seitens der Gemeinde diesen Sommer nichts an Notstandsarbeiten getan worden ist.

Vogt: Bei uns wurde reklamiert, dass man im Sommer Notstandsarbeiten verrichtet, die man auf dem Winter sparen sollte.

Hoop: klärt auf, warum eine Notstandsarbeit in Ruggell im Sommer gemacht wurde. Die Strasse, welche man uns schon im letzten Herbst versprochen hat, ist bis heute noch nicht gemacht.

Marxer: Eine Strasse dort hinunter ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn dieselbe im Oberland wäre, wäre sie schon längst gemacht worden.

Ospelt: weist auf die für den Autoverkehr gefährliche Strasse Löwen-Rotes Haus hin, worin er vom Abg. Risch unterstützt wird.

Präs.: Natürlich wäre noch in allen Gemeinden das und jenes zu machen, aber die erforderlichen Gelder fehlen. Man wird sukzessive da und dort etwas machen.

7. Punkt.

Fabrikgründung in Schaan.

Reg. Chef: wiederholt kurz die getroffenen Abmachungen mit dem neuen Unternehmen.

Vogt: Ich bin nicht befriedigt. Man hat mit allem Vorbehalt in der Finanzkommission zugestimmt. Die Sache war eben damals sehr eilig.

lig. Das Land sollte damals die Verpflichtung übernehmen für die Fr. 35,000.- und es sollte dann jeder Gemeinde frei stehen, sich um die Fabrik zu bewerben. Wir hätten können in Balzers die Fabrik so nahe an einen Bahnhof bauen können. Mit 80 % wäre die Uebernahme dieser Fr. 35,000 durchgegangen.

Reg. Chef: Ich habe der Firma erklärt, dass sich auch andere Gemeinden für die Neiderlassung interessieren, doch das wurde von der Firma völlig ignoriert.

Ospelt: Schaan sollte mehr übernehmen.

Risch: Es muss also das Verhältnis zwischen den Leistungen der Gemeinde und des Landes ~~im~~ noch festgelegt und vereinbart werden.

Der Landtag ist mehrheitlich der Ansicht, dass noch an die Gemeinde Schaan wegen Mehrleistung heranzutreten sei, was die Regierung durchführen wolle.

8. Punkt.

Anstellung von Amtsdienern.

Reg. Chef: gibt Aufklärung über den derzeitigen Personalstand der Amtsdienner, die unbedingt erforderlich seien. Die Regierung glaubt von einer Neuausschreibung einer Amtsdienner- und Nachtwächterstelle absehen zu sollen, da es keinen Zweck habe. Diese Leute seien gut eingearbeitet und auch entsprechend vorgebildet. Die Nachtwache ist unerlässlich. Das Haus ist übrigens schlecht eingerichtet. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden.

Büchel: Man muss von Glück reden, dass früher nichts passierte.

Risch: Damals bei der Polizeirekrutenaushebung bzw. Beschliesung glaubte ich, dass die Sache endgiltig geregelt sei. Die vorgesehenen 2 Reservisten hoffen aber doch unterzukommen. Jetzt kommen noch Amtsdienner dazu.

Büchel: Wenn man diese Stellen neu ausschreibt, laufen etwa

50 Bewerbungen ein und auswählen muss man doch jene, die vorgebildet sind. Es kommen keine anderen in Frage.

Vogt: Man sollte eben von Anfang an solche Stellen ausschreiben, nicht zuerst anstellen und erst dann noch ausschreiben. Es ist das nicht, wie es sein sollte.

Reg.-Chef: stellt den Antrag, dass man diese zwei Leute vorläufig beibehält, da sie sich gut eingearbeitet und sich auf eigene Kosten zu diesem Berufe haben ausbilden lassen.

Der Landtag stimmt mehrheitlich zu.

Mittagspause 12 Uhr.

Fortsetzung der Konferenzsitzung nachmittags 2 Uhr.

=====
Behandlung der Eingabe des Landeswerkes Lawena um Schaffung eines Gesetzes, das dem Lawenawerk bezgl. Stromerzeugung Monopolstellung einräumt.

Ein beim Bauamte vorliegendes Gesuch des Gottl. Schädler in Triesenberg Nr. 33, der eine kleine elektrische Anlage zur Stromerzeugung für seinen Privatbedarf errichten will, veranlasst das L.W., im Interesse des Werkes die Erzeugung von Strom gesetzlich zu regeln.

Der Landtag steht nach gewalteter Diskussion auf dem Standpunkte, dass es zu weitgehend wäre. Es handle ~~im~~ sich ja ohnedies um ein kleines Unternehmen privater Natur. Er steht auf dem Standpunkt, dass man es bisher immer in der Hand gehabt habe, neu zu konzessionieren oder nicht. Solche neue Anlagen in dieser Form brächten dem L.W. auch keinen Schaden bei, da solche Anlagen erfahrungsgemäss unrentabel ~~und~~ und deshalb meistens auch von kurzer Dauer seien.

Eine gesetzliche Regelung einer Monopolstellung wird vorläufig verschoben.

10. Punkt.Steuerermässigung auf Inlandswein.

Die Winzergenossenschaft hat nunmehr zur Sache Stellung genommen und Abg. Risch B. gibt bekannt, dass sie an der Ermässigung festhalten. Es sei ihnen auch so quasi bestimmt zugesichert worden. Er befürwortet und begründet mit aller Vehemenz die Gewährung dieser Steuerermässigung, wobei er vom Abg. Ospelt unterstützt wird.

~~MMMMMM~~ Präs.: stellt den Antrag, dem Ersuchen nicht stattzugeben, wohl aber den Weinbauern eine höhere Subvention zukommen zu lassen.

Reg. Chef: stellt den Antrag, die Steuer zu erlassen, wenn der Weinpreis auf 75 Rp festgelegt wird einschliesslich der Massnahme, dass derjenige, der mehr verlangt, die ganze Steuer bezahlen muss. Diese Regelung soll für heuer Geltung haben. Für das nächste und die kommenden Jahre soll von einer Steuerermässigung Umgang und den Weinbauern durch Subventionen geholfen werden.

Es kommen somit 3 Anträge zur Abstimmung:

- 1.) Erlass der halben Steuer auf fünf Jahre (Vorschlag Vaduz)
- 2.) Direkte Unterstützung der Weinbauern und Nichtstattgebung des vorliegenden Gesuches (Regelung auf 5 Jahre)
- 3.) Vorschlag des Reg. Chef

Es wird über den ersten Antrag des Risch B.: abgestimmt

1 Stimme dafür (Risch B.)

Die Abstimmung über den ~~Vorschlag~~ II ergibt die ~~Mehrheit~~,
somit wird dieser Antrag angenommen.

11. Punkt.Vorschlag für die Wahl des Landesschulrates.

Nachdem Landesviakr Dr. G. Marxer nicht mehr weiter im Amte zu bleiben wünscht, wird für ihn Pfarrer Büchel von Eschen vorgeschlagen. Die übrigen Mitglieder werden belassen. Als Ersatzmänner werden Josef Marxer, Gamprin und Surti, Kassier in Triesen vorgeschlagen.

Bei diesem Anlass fragt Abg. Risch Ferdi, wie sich das neue Schulgesetz ~~MMMMMM~~ und der neue Lehrplan bewährt habe.

Präs.: führt

Präsident: gibt erschöpfende Auskunft über die derzeitigen Schulverhältnisse und die Erfahrungen bezgl. des neuen Schulgesetzes und der Einführung des neuen Lehrplanes und erklärt, dass alles sich sehr gut bewährt habe und in schönster Ordnung gehe, was nicht zuletzt wohl auch der pflichttreuen, willigen und opferbereiten Lehrerschaft zuzuschreiben sei. Der Stand des Schulwesens sei sehr zufriedenstellend.

Punkt 12.

Vorschläge für die Wahl der Verwaltungsbeschwerdeinstanz.

Die bisherigen Mitglieder werden bekannt gegeben.

Vogt: spricht den Wunsch aus, dass auch die Volkspartei berücksichtigt werde. Er schlägt, Ott von Nendeln, Alois Schädler Nr. 7 und Josef Gassner Nr. 13 in Triesenberg vor.

Büchel: Nachdem gegen Schädler Alois noch ein Strafverfahren läuft, kann er nicht in die Frage kommen. Gassner wird vielleicht wieder ablehnen wie als Regierungsrat.

Weiters wird nicht debattiert.

Punkt 13.

Triesner Ziegelei-Projekt.

Reg. Chef: referiert über das bisher Vorgekehrte. Die Finanzierung stellen sich die Initianten folgendermassen vor: 20,000 Fr. würden in Aktien ausgegeben, 20,000 würden sogenannte Arbeitsaktien ausgegeben und 10,000 möchten sie von der Sparkasse aufnehmen und das Land sollte hierfür Bürgschaft leisten. Nach gründlicher Erwägung des "Für" und "Wider" beschliesst der Landtag:

" der Landtag erklärt sich bereit, dem Ansuchen näher zu treten, sofern

a) genaue Unterlagen über die Finanzierung des Projektes beigebracht werden und die Finanzierung bis auf den vom Lande nachgesuchten Betrag sichergestellt ist.

b) die Gewähr geboten ist, dass das Unternehmen lebensfähig ist,

d.h. dass der Absatz der Ziegel gesichert erscheint,

c) sofern die Leitung des Unternehmens fachmännisch, ~~und~~ kaufmännisch und einwandfrei geführt wird.

Der Landtag verhehlt sich nicht, dass das Unternehmen ein bedeutendes Risiko in sich schliesst und er bezweifelt, dass mit einem Betrage von Fr. 50,000.- ein konkurrenzfähiges Unternehmen hergestellt werden kann, dass ferner der Absatz der Ziegel infolge Unterbietens der Konkurrenz praktisch verunmöglicht werden kann, wie man dies heute bei der Vertrustung der Industrie regelmässig wahrnimmt. Eine Monopolisierung, d.h., ~~Monopolisierung~~ eine Hintanhaltung ausländischer Ziegelimporte ist auf Grund des Zollvertrages nicht möglich. Der Landtag hat auch Bedenken, dass mit dem System der Arbeitsaktien der versprochene Erfolg erzielt wird. Vor allem aber weist er darauf hin, dass neben dem Betrag von 50,000 Fr. ein solches Unternehmen ganz beträchtliche Betriebsmittel ~~zur~~ zur Verfügung haben muss. Die heutigen kapitalkräftigen Ziegeleien sind in der Lage, längere Zeit Stundungen zu gewähren und auf diese Art den dauernden Absatz aufrecht zu erhalten. Um konkurrenzfähig zu sein, müsste auch namentlich ein neues Unternehmen, um sich einzuführen, die gleichen Vorteile bieten können."

Der Landtag hat den Eindruck, dass es am richtigen Ernst und auch an der erforderlichen Zuverlässigkeit der Initianten fehlt.

Punkt 14

Nachzahlung für Spiergrabenregulierung.

Reg. Chef: führt aus, dass die Behörden in Vorarlberg sich wegen des für Oesterreich ungünstigen Abschlusses des Vertrages bezgl. des Binnenkanals sich viel gefallen lassen mussten und schwer in der Presse und in Worten deswegen bekritelt worden seien. Die zuständigen Behörden sind nunmehr an die liecht. Regierung mit dem Ersuchen um einer Beitragserhöhung herangetreten. Sie haben sich eben nunmehr einen Grund ausgeklügelt, um mehr von uns zu erreichen. Es handelt sich um eine kleines Teilstück, das sie sich heute weigern zu machen, weil es in dem abgeschlossenen Vertrage nicht geregelt worden sei. Es liesse sich natürlich auf dem Prozesswege um die Sache streiten. Der Landestechniker und auch die Regierung jedoch steht auf dem Standpunkte, dass es eine im Verhältnis zur

ganzen Bausumme minimer Betrag sei, dessen Leistung verantwortet werden könnte, da sonst die Arbeit nicht begonnen werde. Dieser Betrag dürfte sich ca. auf Fr. 14,000.- belaufen.

Hoop: Befürwortet die Bewilligung dieses Kredites ~~WAM~~ im Interesse der Förderung der Sache.

Der Landtag ist einstimmig für ein Entgegenkommen.

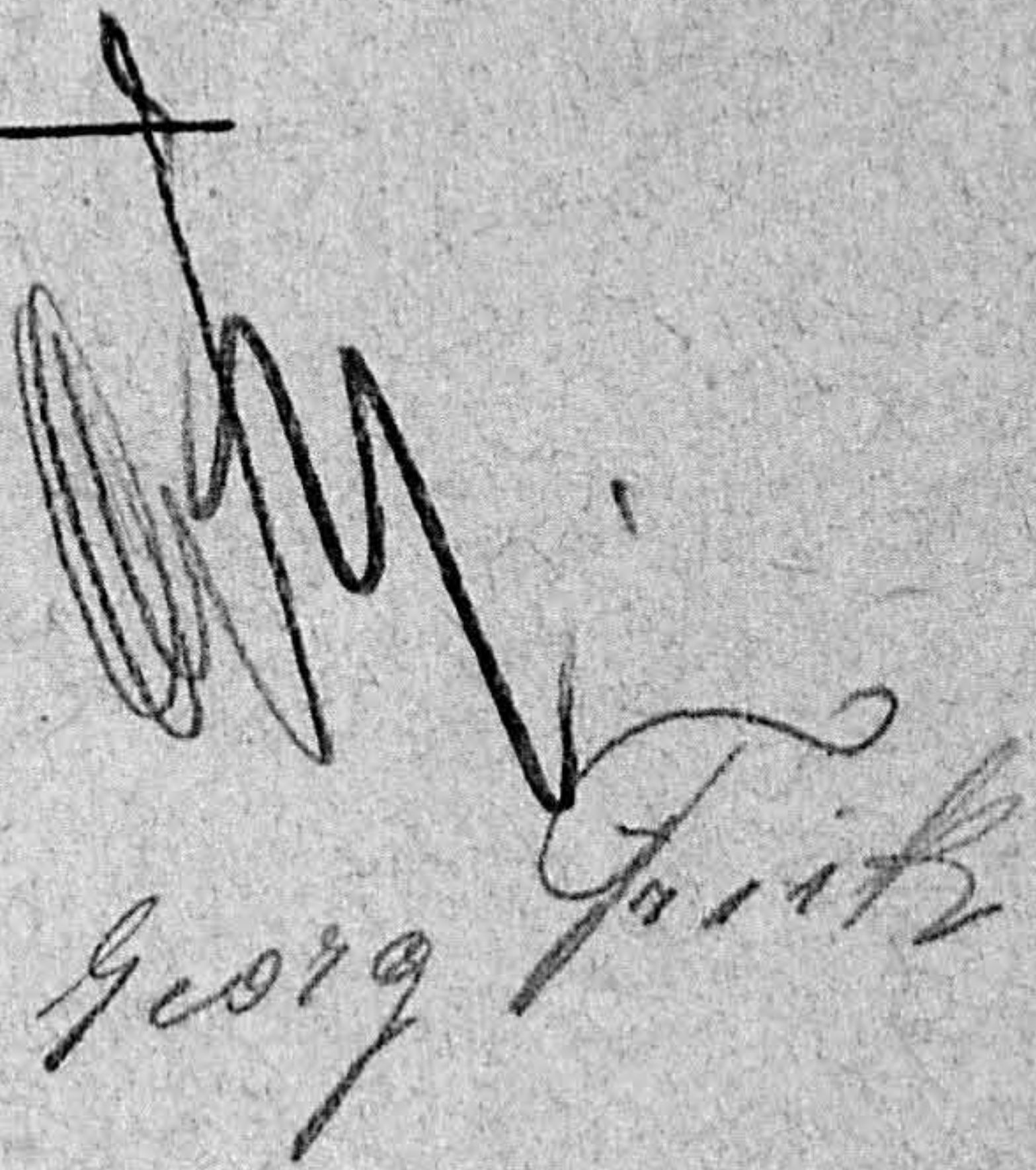
Vogt: bringt den Pfarrhausbau in Balzers zur Sprache und wünscht Auskunft, ob ihnen die seinerzeit zugesagte 30%ige Subventionierung der Arbeitslöhne auch heute noch gewährt werde.

Reg. Chef: Ich würde noch daran festhalten, da es eine alte Sache ist wie bei Eschen. Es erfordert aber einen bezüglichen Landtagsbeschluss.

Ein endgiltiger Beschluss kommt nicht zustande.

Vogt: macht die Anregung, dass ein Gesetz geschaffen werde, welches die Versorgung von Trinkern, arbeitsscheuen und derartigen Bürgern ermögliche. Bis heute bestehe keine gesetzliche Handhabe und es könnte dies Folgen tätigen.

Der Landtag begrüsst diese Anregung und beauftragt die Regierung, bis zur nächsten Sitzung einen solchen Gesetzesentwurf vorzulegen.


Georg Fritsch